

II-4059 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2016 13

1986 -04- 15

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Rieder, Mag. Kabas
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Finanzen
betreffend Weiterungen im Bundesländerversicherungs-Skandal

Die mittlerweile bekanntgewordenen Umstände haben den Kriminalfall in der Bundesländer Versicherung längst zu einem politischen Skandal im Dunstkreis der ÖVP gemacht.

Im Aufsichtsrat der Bundesländer Versicherung finden sich ausschließlich prominente ÖVP-Politiker und Funktionäre, wie etwa Landeshauptmann Ratzenböck, Bundeskammerpräsident Sallinger, der ehemalige Parteikassier der Österreichischen Volkspartei, Generaldirektor Dr. Klauhs, der ehemalige Landeshauptmann Maurer und bis vor kurzem Ex-Landeshauptmann Niederl. Vieles weist darauf hin, daß der ÖVP-Aufsichtsrat seine Kontrollaufgaben sträflich vernachlässigt hat.

Der ÖVP-Aufsichtsrat hat von sich aus nichts zur Errichtung einer unternehmens-internen Kontrolle unternommen. So wurde die in der Branche längst zur Selbstverständlichkeit gewordene Innenrevision erst auf Drängen der Versicherungsaufsicht 1983 eingeführt.

Als die Konsequenzen unausweichlich geworden waren, ging es dem Vorstand und Aufsichtsrat der Bundesländer nicht um eine lückenlose öffentliche Aufklärung, sondern sein Bestreben war in erster Linie auf eine Vertuschung des offensichtlich gewordenen Skandales ausgerichtet. Nur so ist der letztlich gescheiterte Versuch zu erklären, durch die aus der Interessenslage des Geschädigten mehr als fragwürdige Konstruktion der tätigen Reue eine gerichtliche Untersuchung der Vorfälle zu verhindern. Dem entspricht auch die Aussagekraft der den Behörden übergebenen Unterlagen. Der zuständige Staatsanwalt, Dr. Friedrich Matousek, erklärt hiezu einem Wochenmagazin gegenüber: "Was die Herrschaften von der Bundesländer da übergeben haben, war schlicht und einfach dürftig."

Die Bundesländer Versicherung und die Österreichische Volkspartei machten sich dabei das Konzept zu eigen, jeweils nur das zuzugeben, was nicht mehr geleugnet werden konnte.

Das wirkliche Ausmaß der Verstrickung der Österreichischen Volkspartei in den Bundesländer-Skandal wird schon durch die nachstehenden bisher bekannten Umstände deutlich:

- o Der kontrollierende ÖVP-Stadtrat Fürst trat zurück, weil er für nie geleistete Konsulentendienste ein wahrhaft fürstliches Honorar erhalten hat.
- o Presseberichten zufolge erhielt das Familienunternehmen Niederl, zur Zeit seiner Landeshauptmannschaft Landesförderungen zur Errichtung eines Hotels in Schladming. Als dieser Betrieb vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten stand, fand Niederl es nicht bedenklich, daß das Unternehmen, an dem er als Kommanditist beteiligt war, während seiner Tätigkeit als Aufsichtsrat der Bundesländer Versicherung von dieser nahezu 5 Mio. Schilling (das heißt ein Viertel des Wertes dieses Hotels) erhielt, nachdem die Verkaufsverhandlungen gescheitert waren.

Niederl scheute sich auch nicht, als Landeshauptmann mit der Abwicklung dieser Transaktionen seinen Sekretär Dr. Feil, der übrigens auch auf der Nehmerliste aufscheint, zu beauftragen und diesen zu diesem Zwecke auf Dienstreise zu schicken. Erst als seine tiefe Verstrickungen in den Bundesländer-Skandal nicht mehr zu verbergen war, legte Niederl - offensichtlich unter Druck seiner Parteifreunde - sein Aufsichtsratsmandat in der Bundesländer zurück.

Im Zusammenhang mit solchen privaten Geschäften ihres ehemaligen Obmannes kamen sogar der steirischen ÖVP-Führung Bedenken: So berichtet der Kurier am 20.3.1986: "Landeshauptmann Krainer will nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen, begründet man in der steirischen Volkspartei die totale Enthalt-samkeit von Landeshauptmann Josef Krainer im Fall Bundesländer-Niederl." Der nunmehr gegen Niederl erhobene Vorwurf von Malversationen ist nicht so sehr verwunderlich, wenn man sich daran erinnert, daß bereits im Jahre 1980 sein unerwarteter Rücktritt mit Verflechtungen in den Skandal der

-3-

steiermärkischen Tierkörperverwertungsanstalt in Verbindung gebracht wurde, derentwegen der damalige Bundesländer-Direktor Klauser den Freitod wählte, um, wie er in einem Abschiedsbrief feststellte, in diesem Zusammenhang keinen Meineid schwören zu müssen.

- o Der Bundesländer Versicherung waren die guten Beziehungen zur Österreichischen Volkspartei stets einiges wert. Die Wochenpresse berichtet am 1.4.1986, daß der burgenländische ÖVP-Landespartei sekretär, Gerhard Jellasitz, von 1978 bis 1982 als "lebende Subvention" auf der Gehaltsliste der Bundesländer Versicherung stand.
- o Aber damit nicht genug: Im Kärntner ÖVP-Landespartei sekretariat befindet sich eine Sekretärin, die ebenfalls von der Bundesländer Versicherung bezahlt wird, aber tatsächlich für die ÖVP arbeitet. Der Kärntner ÖVP-Landespartei sekretär begründete dies damit, daß das ÖVP-Landespartei sekretariat neben der Erfüllung der ihm obliegenden politischen Aufgaben noch als eine Art Versicherungsmaklerbüro für die Bundesländer Versicherung Kunden requiriert habe. Selbst wenn dies zutrifft, beweist es einmal mehr, welche höchst eigenartige Verquickung von Politik und Geschäftemacherei in der ÖVP besteht.
- o Der Kurier berichtet in seiner Ausgabe vom 9.4.1986 zum Bundesländer-Skandal unter dem Titel: "Ein Direktor verteilte Geld an ÖVP und Sport", daß über ein Provisionskonto mit dem Decknamen Thomasch der ÖVP-Burgenland kräftig unter die Arme gegriffen wurde. Der Bericht basiert auf dem Abschiedsbrief des ehemaligen Landesdirektors Burgenland, der in diesem Schreiben den ÖVP-Parteibmann und Landeshauptmannstellvertreter Dr. Sauerzopf, den ehemaligen ÖVP-Parteibmann und Landeshauptmannstellvertreter Dr. Grohodolksy und den unehrigen ÖVP-Wirtschaftssprecher und Klubobmannstellvertreter Robert Graf nannte. Eine Querverbindung zum WBO-Skandal liegt nahe.
- o Weitere Verbindungen zur Österreichischen Volkspartei ergeben sich auch durch Sponsorverträge der Bundesländer Versicherung mit dem niederösterreichischen Fußballverein Admira-Wacker, der jährlich rund 1,2 Mio. Schilling erhielt. Laut Profil vom 1.3.1986 besteht der begründete Verdacht, daß zumindest ein Teil dieser Sponsorgelder an Funktionäre der niederösterreichischen ÖVP-Organisation abgezweigt wurden.

-4-

Ungeklärt ist zum Beispiel auch, aus welchen Gründen, die Bundesländer Versicherung an die Sport-Union im Ennstal 3 Mio. Schilling an Subventionen ausschüttete. Deren Obmann erklärte im Inlands-Report vom 13.3.1986: "Wir haben von nichts gewußt und keine Schäden angegeben. Die Überweisung erfolgte auf ein Bankkonto. Ich weiß nicht, ob wir die Gelder zurückzahlen werden."

- o Die hilfreiche Fürsorge der Bundesländer Versicherung gegenüber der ÖVP erschöpfte sich nicht nur in Personal-, sondern erstreckte sich zusätzlich auch auf Sachzuwendungen: Für die Bundesparteizentrale der Österreichischen Volkspartei, das erst jüngst restaurierte Feudalpalais Todesco, wird der Österreichischen Volkspartei vom Besitzer, der Bundesländer Versicherung, ein überaus entgegenkommender Mietzins von 9 Schilling pro Quadratmeter verrechnet. Die ortübliche Miete in dieser Lage beträgt jedoch das Fünf- bis Zehnfache.

Interessant ist auch, daß es sich sowohl bei dem in Haft befindlichen ehemaligen Generaldirektor Ruso als auch bei dem in den Bundesländer-Skandal verwickelten ehemaligen niederösterreichischen Hypo-Bank-Direktor Müller um ehemalige ÖAAB-Kassiere handelt.

Es besteht daher der konkrete Verdacht der versteckten Parteienfinanzierung zugunsten der Österreichischen Volkspartei.

Davon kann auch die jüngste Stellungnahme des ÖVP-Obmannes Dr. Mock vom 10.4.1986 nicht ablenken. Die diesbezügliche APA-Meldung lautet im Originaltext: Mock: Eindruck der Parteienfinanzierung vermeiden. Nach der Sitzung der ÖVP-Bundesparteileitung nahm Parteiobmann Dr. Alois Mock heute Donnerstag auch kurz zum Thema Bundesländer Versicherung Stellung: Er habe den Ländern in Erinnerung gerufen, alles zu tun, um dem Eindruck einer Parteienfinanzierung in diesem speziellen Fall und überhaupt zu vermeiden. Es sei ihm gesagt worden, daß es solche Fälle nicht gäbe.

Die Tatsachen sprechen freilich eine andere Sprache. Denn zumindest im Bereich der Bundes-ÖVP und ihrer Landesorganisationen Wien, Niederösterreich, Burgenland, Kärnten und Steiermark sind sowohl Geldflüsse als auch sonstige Zuwendungen belegt.

-5-

Dr. Mock könnte seiner Partei und insbesondere der Demokratie unseres Landes einen wertvollen Dienst erweisen, wenn er endlich aktiv seine Möglichkeiten zur Aufklärung dieses Falles nutzen würde und von den in diesen Skandal involvierten ÖVP-Funktionären deren politische Verantwortung einfordern würde.

Die verlustreichen Machinationen in der Bundesländer Versicherung werden letztlich dem Steuerzahler zur Last fallen. Im ÖVP-Volksblatt vom 8.3.1986 wurde bereits angekündigt, wie die Verluste der Bundesländer abzudecken sein werden." Die Bundesländer-Aktionäre werden den Schaden gutmachen -, tönte es auf der Schlagzeile: "Es wird keine Prämienhöhung geben." Wenn auch die Kunden mit der Ankündigung, daß die Kosten nicht auf die Prämien übergewälzt werden sollen, beruhigt werden, kann von der wesentlichen Tatsache nicht abgelenkt werden, daß der Steuerzahler über die Hauptaktionäre, nämlich die österreichischen Bundesländer, dennoch zum Handkuß kommen wird.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

1. War das Bundesministerium für Finanzen als Versicherungsaufsichtsbehörde mit den Vorgängen um den beabsichtigten Ankauf des Hotels Rohrmooserhof, der allein im Interesse des Aufsichtsratsmitgliedes Landeshauptmann Niederl gelegen war, befaßt?
2. Hat das Bundesministerium für Finanzen Kenntnis von den Gründen erhalten, wieso es in diesem Zusammenhang von Seiten der Bundesländer Versicherung zur Zahlung einer Abstandssumme von fast 5 Mio. Schilling gekommen ist?
3. Welche Anlässe bzw. Gründe waren für das Bundesministerium für Finanzen maßgebend, eine Kapitalerhöhung bei der Bundesländer Versicherung zu verlangen?

-6-

4. Welche Anlässe bzw. Gründe waren maßgebend, die Einführung der Innenrevision bei der Bundesländer Versicherung zu verlangen?
5. Ist dem Bundesministerium für Finanzen bekannt, weshalb es erst dieser Aufforderung nach Einführung einer Innenrevision bei der Bundesländer Versicherung durch die Aufsichtsbehörde bedurfte?
6. Wird das Bundesministerium für Finanzen prüfen, ob und welche Auswirkungen die Versicherungsmalversationen in der Bundesländer Versicherung auf Rückversicherungen gehabt haben oder ob solche zu erwarten sind?